



Dokumentation Bürgerkongresse

im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz



INHALT

Seite 3	Grußwort	
Seite 4	Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform?	
Seite 6	Das Beteiligungsverfahren "Bürgerkongress"	
Seite 10	Der Bürgerkongress Ludwigshafen	
Seite 12	Der Bürgerkongress Bingen	
Seite 14	Der Bürgerkongress Lahnstein	
Seite 16	Der Bürgerkongress Kaiserlautern	
Seite 18	Der Bürgerkongress Trier	
Seite 20	Die Ergebnisse der Bürgerkongresse	
Seite 28	Impressum	

Grußwort

Ihre Meinung zählt!



In den Monaten April und Mai dieses Jahres haben fünf Bürgerkongresse zur Kommunalund Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz stattgefunden. In Ludwigshafen, Bingen, Lahnstein, Kaiserslautern und Trier haben insge-

samt 800 Bürgerinnen und Bürger an diesen Zukunftswerkstätten teilgenommen. Sie nutzten damit die Gelegenheit, ihre Wünsche und Vorschläge, ihre Kritik und Perspektiven für eine zukunftsfähige Verwaltung in unserem Land einzubringen. Und genau darauf kam es uns in den Bürgerkongressen an, auf die Erfahrungen der Menschen in unserem Land, auf ihren Sachverstand und ihre Meinung als Experten vor Ort in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Die Bürgerkongresse sind der erste Schritt in einem breit angelegten Beteiligungsprozess bei diesem Reformvorhaben.

Die Weiterentwicklung und Optimierung der bestehenden Strukturen ist insbesondere aufgrund demografischer Veränderungen und der damit verbundenen Herausforderungen in unserem Land ein wichtiger und notwendiger Schritt. Wie eine moderne und effiziente Verwaltung in Zukunft aussehen soll, ist aber nicht nur eine Frage, über die politische Mandats- und Funktionsträger beraten und entscheiden sollen. Deshalb war und ist es uns besonders wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv an der Reformdiskussion beteiligen.

Mit dieser breit angelegten Bürgerbeteiligung haben wir Neuland betreten. Nirgends gab es bislang Vorbilder oder Modelle dafür, wie Beteiligungsprozesse auf Landesebene, insbesondere bei einem derart umfänglichen Thema wie einer Kommunalund Verwaltungsreform, organisiert werden können. Die Politik selbst war in diesem Prozess in einer lernenden Rolle. Dafür haben wir auch Kritik einstecken müssen. Die Ergebnisse belegen jedoch eindeutig, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Diskussionen auf den Bürgerkongressen waren außerordentlich produktiv. Die Bürgerinnen und Bürger haben sehr genau beschrieben und diskutiert, was aus ihrer Sicht in der Verwaltung sehr gut funktioniert; sie haben aber auch auf den Punkt gebracht, wo noch der Schuh drückt und etwas geändert werden sollte. Dabei wurden besonders schwierige Themen wie zum Beispiel mögliche Gebietsveränderungen nicht ausgespart. Zahlreiche, sehr konkrete und konstruktive Vorschläge für eine bürgernahe, effiziente und auch kostengünstige Verwaltung liegen nunmehr vor und können der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Jetzt ist es an der Politik, die Ergebnisse der Bürgerkongresse in den weiteren Reformprozess einzubeziehen. Hierzu sind wir fest entschlossen. Wir tun dies, weil wir der Überzeugung sind, dass wir nur auf diesem Weg Lösungen für die Herausforderungen an eine moderne Verwaltung der Zukunft finden können.

Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich für ihre engagierte Mitwirkung an den Kongressen. Mein Dank gilt zudem dem Moderationsbüro cg konzept aus Freiburg, das die Bürgerkongresse mit hoher Fachkompetenz vorbereitet, moderiert und ausgewertet hat.

Kurt Beck Ministerpräsident

Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform?

Vor etwa 35 Jahren sind in Rheinland-Pfalz die kommunalen Strukturen zuletzt neu gestaltet worden. Kernstück dieser Reform war die Bildung der Verbandsgemeinden.

Das jetzt vorhandene Kommunalsystem, bestehend aus

- 2.257 Ortsgemeinden,
- 163 Verbandsgemeinden,
- 29 verbandsfreien Gemeinden und 8 großen kreisangehörigen Städten,
- 12 kreisfreien Städten.
- 24 Landkreisen,

hat sich bis heute im Grundsatz aut bewährt. Gleichwohl ist es aus mehreren Gründen notwendig, die Kommunal- und Verwaltungsstrukturen im Land fit für die Zukunft zu machen.

Demografische Entwicklung

Wir müssen davon ausgehen, dass wegen der niedrigen Geburtenrate die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in den nächsten Jahren immer stärker sinken wird. Auch auf Grund der noch weiter steigenden Lebenserwartung wird dabei der Anteil der alten und sehr alten Menschen deutlich zunehmen; gleichzeitig wird es immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter - und damit auch immer weniger Steuerzahler - geben. Die demografische Entwicklung wird im Land allerdings regional unterschiedlich verlaufen.

Diese Zukunftserwartung ist für die Gesellschaft eine große Herausforderung. Auch die öffentliche Verwaltung im Land und dabei insbesondere die Kommunen müssen sich hierauf rechtzeitig einstellen.

So wird es notwendig sein, die Infrastrukturen (z. B. Kindertagesstätten, Schulen, Schwimmbäder, Nahverkehr, Altentagesstätten, ambulante Dienste und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen) dem Wandel anzupassen. Die Kosten für die öffentliche Verwaltung, insbesondere die Personal- und Sachkosten, dürfen nicht weiter steigen, sondern müssen entsprechend der demografischen Entwicklung sinken, damit die öffentliche Hand auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angemessen reagieren kann.

Technologische Entwicklung

Die kommunalen Strukturen, die wir seit Anfang der '70er Jahre haben, sind gebildet worden, als es in den Verwaltungen noch keine FaxGeräte, keine Personalcomputer und kein Internet gab. Der Begriff der Bürgernähe wurde damals vor allem räumlich gesehen. In unserer Kommunikationsgesellschaft heute und in der Erwartungshaltung der Bevölkerung kommt es für einen guten Service nicht mehr so sehr darauf an, alle Ämter einer Kommunalverwaltung möglichst wohnortnah zu haben. Die Technik ermöglicht dezentrale Organisationsstrukturen (Außenstellen und wohnortnahe Bürgerbüros) bis hin zu mobilen Serviceangeboten. Hinzu kommen die Möglichkeiten elektronischer Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung. Guter Service sieht heute anders aus als vor 35 Jahren.

Veränderung von **Aufgaben**

Die öffentlichen Aufgaben unterliegen in ihrer Quantität und Qualität einem ständigen Wandel. Manche Aufgaben verlieren an Bedeutung (z. B. Kriegsopferfürsorge und Lastenausgleich), während andere auf Grund der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der Rechtsentwicklung immer größeres Gewicht bekommen, so z. B. beim

Warum eine Kommunal- und Verwaltungsreform?



Innenminister Karl Peter Bruch auf dem Bürgerkongress in Trier

Umwelt- und Verbraucherschutz. Dieser Entwicklung muss die Organisation der öffentlichen Aufgaben folgen, bisherige Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche müssen auf den Prüfstand.

Ziele der Kommunal- und Verwaltungsreform

Um eine bürgerfreundliche, sparsame und dauerhaft leistungsfähige Verwaltung zu gewährleisten, bedarf es deshalb

- einer Neuzuordnung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, mit der die bürgernahe kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird,
- eines Abbaus von unnötigen Vorgaben und Doppelzuständigkeiten sowie einer Straffung von Verwaltungsverfahren,
- einer Optimierung kommunaler Gebietsstrukturen.

» Die Bürgerkongresse standen unter dem Motto ,Meine Meinung zählt' – und so wollen wir es auch halten! «

Kurt Beck

» Eine Kernbotschaft der Bürgerkongresse lautet für mich: 'Habt Mut zur Reform - kein Reförmchen'! «

Karl Peter Bruch

» Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist für die Bürgerinnen und Bürger da. «

Kurt Beck

Das Beteiligungsverfahren "Bürgerkongress"

Bei jeder Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stellen sich drei entscheidende Fragen: Welches Angebot wird den Menschen für eine Mitarbeit gemacht? Wie wird die Beteiligung konkret organisiert, wie läuft der Bürgerdialog ab? Und was geschieht mit den Ergebnissen? Fünf eintägige und auf die Regionen in Rheinland-Pfalz verteilte Bürgerkongresse luden die Menschen zur Mitarbeit an der Kommunal- und Verwaltungsreform ein. Die Kongresse selbst waren als Großgruppenveranstaltung konzipiert. Die Detailergebnisse aller Kongresse sind veröffentlicht und unter www.buergerkongresse.rlp.de nachzulesen.

Bürgerbeteiligungsverfahren brauchen klare inhaltliche Ziele und müssen zeitlich begrenzt sein - nicht nur, um zu Ergebnissen zu kommen. Hinter den Fragen rund um das "Wie" einer Bürgerbeteiligung verbergen sich wichtige Anliegen: Die Bürgerinnen und Bürger wollen gewonnen werden, und diejenigen, die sich entschließen, ihre Freizeit beizusteuern, sollen in der Rückschau sicher sein, dass es sich gelohnt hat.

Die Bürgerkongresse zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz wurden von cg konzept, Büro für Planungskommunikation, unter Federführung von Dirk Kron und Dr. Christine Grüger konzipiert, moderiert und dokumentiert.

Die Teilnehmergewinnung

Um möglichst viele Menschen aus ganz Rheinland-Pfalz für das auf den ersten Blick eher sperrig erscheinende Thema Kommunalund Verwaltungsreform zu mobili-



Das Moderationsteam von cg konzept, Büro für Planungskommunikation, Freiburg, hat die Bürgerkongresse konzipiert, moderiert und dokumentiert: Dr. Christine Grüger, Gisela Beck, Dirk Kron und Angela Lüchtrath.

sieren, wurden die Bürgerinnen und Bürger ab Februar 2008 auf vielfältige Art und Weise auf das Dialogangebot aufmerksam gemacht. Ein Mix aus verschiedenen Medien und Ansprechformen hatte das Ziel, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu informieren und sie darüber hinaus zur Mitarbeit zu bewegen. Um vielen unterschiedlichen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen, wurde beispielsweise auch auf Rahmenbedingungen wie den barrierefreien Zugang zu den Veranstaltungen und ein Kinderbetreuungsangebot Wert gelegt.

Rund 1,2 Millionen Flyer wurden per Postwurfsendung im Land verteilt. In Radiospots und mit Plakaten warb die Landesregierung ebenfalls für eine Teilnahme. Den Kommunalverwaltungen stellte sie Plakate und Informationen zur

Das Beteiligungsverfahren "Bürgerkongress"

Angeregter Austausch: Die Großgruppe in Stuhlkreisen.

Verfügung. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich bereits in öffentliche Belange einbringen oder in Vereinen und Verbänden aktiv sind, wurden direkt angeschrieben und erhielten ebenso eine persönliche Einladung des Ministerpräsidenten wie Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden und Organisationen aus dem Landesnetzwerk "Bürgerschaftliches Engagement".

Rund 800 Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung, zur Kommunal- und Verwaltungsreform beizutragen, und nahmen sich an einem der fünf Kongresse Zeit für einen intensiven Dialog. Die Bürgerkongresse fanden jeweils samstags statt:

- am 12. April 2008 in Ludwigshafen
- am 19. April 2008 in Bingen
- am 26. April 2008 in Lahnstein
- am 17. Mai 2008 in Kaiserslautern
- am 31. Mai 2008 in Trier

Die Teilnehmerzusammensetzung

Im Überblick ergab sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bürgerkongresse folgendes



Bild: Die Teilnehmenden setzten sich zu zwei Dritteln bis drei Vierteln aus Männern zusammen und zu einem Viertel bis einem Drittel aus Frauen. Junge Erwachsene waren deutlich schwerer zu mobilisieren als ältere. Der überwiegende Teil der Teilnehmenden war zwischen 40 und 60 Jahre alt. Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer engagieren sich bereits in der Gesellschaft, in Vereinen, Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften. Auch einige Kommunalpolitikerinnen und -politiker nahmen teil. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen beteiligten sich ebenso am Reformdiskurs wie Gewerbetreibende und Auszubildende.

Mit der Anmeldung erhielten alle Teilnehmenden einen 30seitigen Materialienband. Er bot die Möglichkeit, sich vorab mit dem Thema Kommunal- und Verwaltungsreform vertraut zu machen.

Das Großgruppenkonzept

Das Moderationsbüro arbeitete mit dem Konzept eines Großgrup-

penprozesses. Das heißt, es wurde darauf verzichtet, in vorgegebenen Arbeitsgruppen in unterschiedlichen Räumen zu arbeiten. Statt dessen galten zwei Prinzipien: 1. alle Teilnehmenden in einem Raum, 2. selbstverantwortliche Organisation in den Arbeitsgruppen mit jeweils acht Gruppenmitgliedern.

Die Bürgerinnen und Bürger arbeiteten stets mit Blickkontakt in wechselnden Achtergruppen an vier zentralen Fragestellungen. Dadurch entstanden inhaltliche Perspektivwechsel verbunden mit immer wieder neuen personellen Konstellationen. Die Atmosphäre, der Geist und die wachsende gemeinsame Verantwortung für Thema und Ziel der Veranstaltung waren bei allen Kongressen trotz unterschiedlicher Grundstimmungen beeindruckend. Zwischen 150 und 220 Menschen konzentrierten sich jeweils auf gemeinsame Aufgaben und waren gleichzeitig offen füreinander sowie für unterschiedliche Ansichten.

Selbstorganisation als Grundprinzip bedeutete, immer wieder Das Beteiligungsverfahren "Bürgerkongress"



vier Funktionen in einer neuen Gruppe zu verteilen und wahrzunehmen: ein/e Moderator/in leitete das Gespräch, ein/e Zeitmanager/in hatte die Uhr im Blick, ein/e Schreiber/in hielt alle wesentlichen Erkenntnisse und Ergebnisse der Gruppe gut lesbar für das Protokoll auf einer Stellwand fest, und ein/e Sprecher/in stellte den übrigen Kongressteilnehmenden die Ergebnisse im Plenum vor.

Die Kongresse wurden durch eine klare Aufgabenteilung zwischen Hauptmoderation und Arbeitsgruppen sowie durch zeitlich klar abgegrenzte Arbeitschritte gegliedert. Das Moderationsteam war verantwortlich für gute Arbeitsbedingungen, eindeutige Fragestellungen und übersichtliche Arbeitszeiten. Außerdem stellten die Moderatorinnen und Moderatoren zusammenfassend Ergebnisse einzelner Arbeitsphasen vor und leiteten die Diskussionen im Plenum, also unter allen Kongressteilnehmenden. Bei Bedarf unterstützte das professionelle Moderationsteam die Achterstuhlkreise in ihren Dialogrunden.

Eine Kinderbetreuung ermöglichte auch Eltern die Teilnahme.

Der Kongressablauf

Der Ablauf gliederte sich in vier zentrale Arbeitsphasen:

- (1) Stärken- und-Schwächen-Analyse: "Meine Erfahrungen mit Verwaltung in Rheinland-Pfalz"
- (2) Blick in die Zukunft: "Meine Ideen für eine bürgernahe Verwaltung von morgen"
- (3) Abwägung: "Meine Meinung zum Reformweg – Gebietsreform oder Interkommunale Zusammenarbeit oder ganz anders?"
- (4) Abschlussreflexion:
 Zukunftsbausteine als Kernbotschaften an die Landesregierung

Außerdem sorgten zwei fachliche Impulse für Denkanstöße. Auf die Stärken-und-Schwächen-Analyse folgte ein kurzer fachlicher Beitrag des Verwaltungswissenschaftlers Prof. Dr. Jan Ziekow vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer. Mit konkreten Fragen regte er die nachfolgende Diskussion um eine bürgernahe Verwaltung an.

Der Bürgerdialog zum Reformweg wurde eingeleitet durch ein Video, in dem zwei Protagonisten ihre jeweilige Position darstellten: Dr. Winfried Hirschberger, Landrat des Landkreises Kusel, argumentierte dabei für eine Gebietsre-

form, während Bürgermeister Wolfgang Reiland, Verbandsgemeinde Trier-Land, auf die Vorzüge einer Interkommunalen Zusammenarbeit einging.

Die Kongresse wurden jeweils eröffnet von Ministerpräsident Kurt Beck, von Innenminister Karl Peter Bruch oder von Innenstaatssekretär Roger Lewentz. Die Botschaften der Bürgerinnen und Bürger nahmen, auch in der symbolischen Form der Zukunftsbausteine, am Ende jeder Veranstaltung die zuständigen Projektverantwortlichen im Innenministerium (Hubert Stubenrauch) und der Staatskanzlei (Dr. Frank Heuberger bzw. Birger Hartnuß) entgegen.

Das Moderationsbüro cg konzept in Freiburg erstellte jeweils binnen zehn Tagen eine ausführliche Dokumentation aller Projektergebnisse, die allen Teilnehmenden per Post oder E-Mail zugestellt wurde und seitdem auch im Internet zugänglich ist. Zudem wurde für die Projektinternetseite www.buergerkongresse.rlp.de von jedem Bürgerkongress eine Fotogalerie erstellt. Dort finden sich auch zwei Videoberichte über die Kongresse in Ludwigshafen und in Lahnstein.

Das Beteiligungsverfahren "Bürgerkongress"

Ein Tag Bürgerkongress: der Ablauf im Überblick

Ab 9.00 Uhr	Ankommen bei Tee/Kaffee
10.00 Uhr	Begrüßung durch die Moderation
10.05 Uhr	Einstiegsvideo: Bürgerstatements aus der Region
10.10 Uhr	Grußwort und Einführung durch Ministerpräsident Kurt Beck bzw. Innenminister Karl Peter Bruch
10.25 Uhr	Orientierung Das Moderationsteam erläutert den Tagesablauf, die Ziele und Spielregeln
10.30 Uhr	Kurzer Infotalk mit Statements aus dem Publikum
11.00 Uhr	Dialogphase (1) "Spurensuche" – Verwaltung in Rheinland-Pfalz Mich stört, mich freuteine Wandzeitung entsteht!
11.45 Uhr	Tee/Kaffee-Pause
12.15 Uhr	Auf dem Weg zu einer Verwaltung der Zukunft Denkanstöße von Professor Dr. Jan Ziekow, Speyer
12.45 Uhr	Nachgehakt – Ihre Fragen bitte!
13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Dialogphase (2) "Vision Bürgernahe Verwaltung" Was verstehen Sie darunter? Ideen für eine Verwaltung der Zukunft werden gesammelt.
15.15 Uhr	Tee/Kaffeepause
15.45 Uhr	Dialogphase (3) "Welchen Weg nehmen wir?" Zukunftsfähige Gebietsstrukturen und/oder verstärkte interkommunale Zusammenarbeit? Oder ganz anders? Argumente sammeln und abwägen – ein Fazit ziehen!
17.15 Uhr	Dialogphase (4) Zukunftsbausteine Kernbotschaften an die Landesregierung
18.00 Uhr	Ende des Bürgerkongresses

Bürgerkongress

LUDWIGSHAFEN

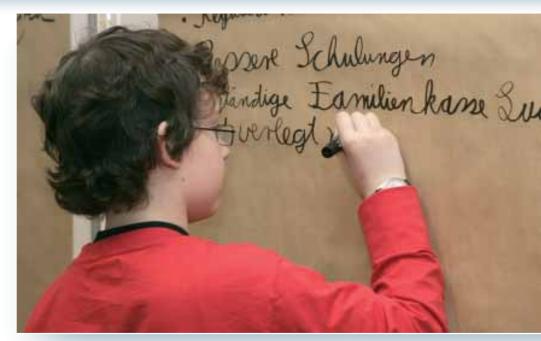
Mit Spannung war der erste Bürgerkongress am 12. April 2008 im BASF Feierabendhaus in Ludwigshafen erwartet worden, eröffnet von Ministerpräsident Kurt Beck. Knapp 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen, dazu mehrere Pressevertreter. Ein Fernsehteam des SWR blieb den ganzen Tag. Die Spannung löste sich, als der Dialog begann. Es wurde intensiv diskutiert, konzentriert und schwungvoll







gearbeitet. Trotz des ersten schönen Frühlingstages blieb die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger bis zum Schluss und sorgte für eine lebhafte Arbeitsatmosphäre. Inhaltlich stand die Frage, wie eine Reform wirklich Bürgernähe schaffen kann, im Mittelpunkt. Online-Verwaltung, Bürgerbüros mit flexibleren Öffnungszeiten und bessere Erreichbarkeit waren häufige Anregungen. Eine Gebietsreform hielten viele für sinnvoll, interkommunale Zusammenarbeit ergänzend für wünschenswert.



DOKUMENTATION: Bürgerkongresse

Bürgerkongress Ludwigshafen









Meinungen...

- » Die Reform soll dem Bürger dienen: klare Strukturen, weniger Bürokratie. «
- » Dem Bürger sind
 Grenzen meistens egal.

 Es soll die jeweilige vor Ort
 geeignete Lösung realisiert
 werden, mit der größten

 Bürgernähe. «
- » Um die öffentliche Verwaltung zukünftig bezahlbar zu machen, müssen Gebietsstrukturen verändert werden. «
- » Bürgerkongresse machen Demokratie demokratischer. «

Bürgerkongress BINGEN

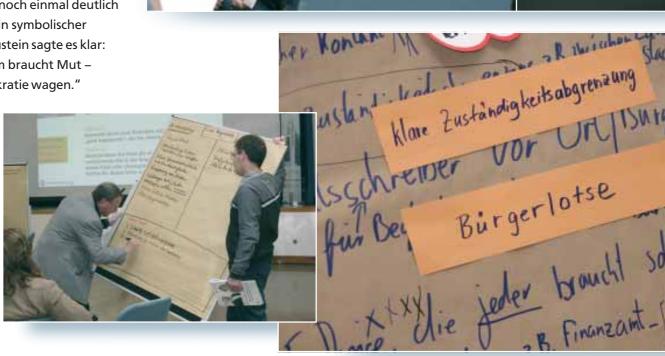
Knapp 150 Teilnehmende begrüßte Innenminister Karl Peter Bruch am 19. April in Bingen in der Stadthalle direkt am Rhein - am Tag nach der Eröffnung der Landesgartenschau. Der Beginn war hier etwas verhaltener als in Ludwigshafen, die Wandzeitungen füllten sich langsamer. Doch mit der Zeit wurde auch hier intensiv diskutiert. Die Allgemeine Zeitung in Mainz titelte am Tag darauf "Bürgerlotsen im Verwaltungsdschungel" und griff damit eine zentrale Anregung auf. Zur Gebietsreform waren die Meinungen geteilt: Während die einen der interkommunalen Zusammenarbeit den Vorzug gaben, wollten die anderen eher neue Strukturen und eine Verringerung von Verwaltungsebenen. Die Beiträge der Bürger ernst zu nehmen, wurde am Ende noch einmal deutlich gefordert. Ein symbolischer Zukunftsbaustein sagte es klar: "Eine Reform braucht Mut mehr Demokratie wagen."











Bürgerkongress Bingen





- » Wir brauchen Lotsen, die durch den Behördendschungel führen. «
- » Die Öffnungszeiten der Verwaltung sind wenig bürgerfreundlich. «
- » Unser Wunsch wäre die interkommunale Zusammenarbeit. Aber die Realität spricht für zukunftsfähige Gebietsstrukturen nach vorgeschalteter Aufgabenkritik. «



» Wir sind für zukunftsfähige Gebietsstrukturen, weil wir uns daraus mehr Transparenz hinsichtlich Struktur und Verantwortung versprechen. «

Bürgerkongress **LAHNSTEIN**

Mehr als 200 Teilnehmende kamen zum damit größten Bürgerkongress am 26. April und wurden von Innenstaatssekretär Roger Lewentz begrüßt. Darunter waren besonders viele Männer und weniger Frauen sowie ein recht hoher Anteil an Bürgern, die in Verwaltungen arbeiten. In Lahnstein ging es gleich zur Sache, die Diskussionen in immer wieder neu gemischten Gruppen wurden auch







hier als sehr hilfreich erlebt. Viele Teilnehmende hielten die heutige Struktur der Orts- und Verbandsgemeinden für sinnvoll und wollten diese stärken. Die Bedeutung einer lebendigen sozialen Infrastruktur für das Gemeinwesen wurde betont, die Privatisierung öffentlicher Aufgaben kritisiert. Gebietsreformen sollten mit Augenmaß durchgeführt werden, eine mobile Verwaltung wurde angeregt. "Die Bürgerkongresse sind ein toller Anfang, weiter so", stand am Ende des Kongresstages auf einem der symbolischen Zukunftsbausteine für die Landesregierung.



Bürgerkongress Lahnstein



Meinungen...

» Bürgerbüros, kompetent besetzt, funktionieren als Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung. «

» Der Einstieg in notwendige Veränderungen ist die interkommunale Zusammenarbeit. Mittel- bis langfristig müssen zukunftsfähige Gebietsstrukturen geschaffen werden! «

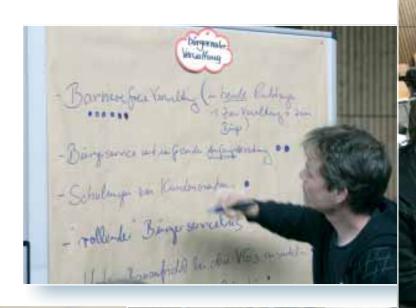


» Für die Zukunft brauchen wir Gebietsreformen und interkommunale Zusammenarbeit in Abhängigkeit von örtlichen Gegebenheiten. «

Bürgerkongress

KAISERSLAUTERN

In der Burgherrenhalle kamen am 17. Mai rund 150 Teilnehmende am Stadtrand von Kaiserslautern zusammen. Wo sonst Sportveranstaltungen stattfinden oder Rockbands auftreten, war die Stimmung zu Beginn leicht gereizt, Unzufriedenheit lag im Raum. In der ersten Arbeitsphase füllten sich die Wandzeitungen schnell mit kritischen Erfahrungen mit Verwaltung, und es mussten zusätzliche Papierbögen her. Viele kamen mit dem Eindruck, im Verwaltungsalltag mit ihren Anliegen nicht ernst genommen zu werden. Der Wunsch nach mehr sozialer Kompetenz der Verwaltungsmitarbeiter stand später ganz oben. "Verwaltung braucht Bürgerbüros" titelte die Rheinpfalz am 19. Mai und rückte damit in den Fokus, was auch in Kaiserslautern starke Unterstützung erfuhr. "Zentralisieren, wo nötig, Zusammenarbeit, wo möglich und sinnvoll" lautete die Kernbotschaft in Sachen Gebietsreform.









Bürgerkongress Kaiserlautern



Meinungen...

» Flächendeckende Einrichtung von Bürgerbüros mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten. «

» Man fühlt sich oft nicht ernst genommen. «

» Bessere Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit durch das Land an Stelle einer teuren Gebietsreform. «



» Beide Maßnahmen sind zwingend erforderlich für eine zukunftsfähige und effektive Verwaltung. «

Bürgerkongress **TRIER**

Zum Abschluss der Bürgerkongresse trafen sich knapp 170 Teilnehmende am 31. Mai in der Europahalle im historischen Zentrum Triers. Die Befürchtung, wenige "Profis" könnten dominieren, wich nach der ersten Kaffeepause einem arbeitsamen Werkstattcharakter mit Diskussionen auf Augenhöhe. Die Bedenken gegen zu starke politische Ein-





flussnahme mündeten in engagierte und konstruktive Gespräche. Mehrfach wurde gefordert, eine Verwaltungsebene zu streichen. Das gläserne Rathaus wurde zur Vision für politische Transparenz. Verwaltung müsse bezahlbar bleiben, hieß es oft. "Klarer Wille, unklarer Weg", so fasste der Trierische Volksfreund am 2. Juni den Bürgerkongress zusammen. Der Reformbedarf wurde allenthalben gesehen, über den Weg gab es sehr unterschiedliche Auffassungen.



DOKUMENTATION: Bürgerkongresse

Bürgerkongress Trier







Meinungen...

- » Es fehlt ein Beschwerdemanagement in der Verwaltung. «
- » Rollende Bürgerbüros für das Land. «
- » Doppelstrukturen und zu wenig Kooperation können wir uns auf Dauer nicht leisten. «
- » Es besteht Handlungsbedarf.
 Die Krise sollte als Chance
 begriffen werden! «
- » So viel Zusammenlegung wie nötig und soviel Zusammenarbeit wie möglich. «

Die Ergebnisse der fünf Bürgerkongresse zur Kommunal- und Verwaltungsreform sind hier im Überblick und komprimiert dargestellt. Im Detail wurden die Arbeitsergebnisse der einzelnen Veranstaltungen sowohl den Teilnehmenden als auch der breiten Öffentlichkeit bereits nach jedem Bürgerkongress online zur Verfügung gestellt. Diese sind unter www.buergerkongresse.rlp.de dauerhaft abrufbar.

Die Bürgerkongresse waren in vier Arbeitsphasen gegliedert, in denen die Sicht der Bürgerinnen und Bürger ermittelt wurde:

- In der ersten Arbeitsphase sammelten die Teilnehmenden ihre positiven und ihre negativen Erfahrungen mit Verwaltung. Diese konnten Nachhinein von anderen Kongressteilnehmenden bewertet werden. Ausrufezeichen unterstrichen die geäußerte Meinung und machten so die allgemein hohe Priorität einer Aussage deutlich, Fragezeichen bedeuteten Widerspruch im Sinne von "das sehe ich anders".
- Im zweiten Schritt ging es um die Frage, was genau eine "bürgernahe Verwaltung" für die Menschen bedeutet.
- Die dritte Arbeitsphase widmete sich der Frage nach möglichen Wegen für eine Umsetzung der Kommunal- und Verwaltungsreform: Die Teilnehmenden wogen Vor- und Nachteile von Gebietsreformen – also der Neugliederung kommunaler Verwaltungseinheiten - und interkommunaler Zusammenar-

- beit, also der Kooperation zwischen bestehenden Körperschaften, gegeneinander ab.
- Zum Schluss hatten die Gruppen die Möglichkeit, den Kongresstag Revue passieren zu lassen und mehrere Kernbotschaften an die Landesregierung zu formulieren. Sie sollten deutlich machen, worauf es aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger bei einer solch komplexen Reform vor allem ankommt.
- 1. Stärken-Schwächen-**Analyse: Die Verwaltung** in Rheinland-Pfalz aus **Bürgersicht**

Lob...

In allen Bürgerkongressen bekundeten die Teilnehmenden, dass die Kunden- und Bürgerfreundlichkeit im Verwaltungshandeln tendenziell zunimmt.

Bürgerinnen und Bürgern schätzen es sehr, wenn sich Bürger und Verwaltungsmitarbeiter "auf Augenhöhe" begegnen und der Umgang miteinander freundlich und zugewandt ist. Positiv gesehen wird es auch, wenn Verwaltungsmitarbeitende ihre Ermessenspielräume nutzen, flexibel handeln und nicht nur starr an Regeln und Vorschriften orientiert sind. Freundliches Personal mit Sachverstand wird gelobt und Verständnis dafür geäußert, dass mitunter auch die Arbeitsbedingungen in öffentlichen Verwaltungen (Personalmangel, Launen der Bürger) schwierig sind.

Übereinstimmend hoben die Teilnehmenden der Bürgerkongresse die positiven Erfahrungen mit Bürgerbüros hervor: schnelle Bearbeitungszeiten, professionelle Hilfe, und das alles aus einer Hand. Vertrauensvolle, persönliche Ansprechpartner/innen und der direkte Kontakt am Ort sind den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, ebenso die fachliche Kompetenz der Verwaltung, die im Hintergrund sichergestellt sein soll. Bürgerbüros stellen aus Sicht der Teilnehmenden eine zentrale Schnittstelle zwischen Bürger/in und Verwaltung dar. Sie werden als wesentlicher Baustein für mehr Bürgernähe der Verwaltungen empfunden.

Die Teilnehmenden der Bürgerkongresse plädierten schon in die-



ser Phase der Bestandsaufnahme mehrheitlich dafür, das Erfolgsmodell Bürgerbüro weiter auszubauen. Es wurde beispielsweise vorgeschlagen, dass in den größeren Städten diese Funktion durchaus Stadtteilbüros oder/und Quartiersmanager übernehmen könnten. Für die ländlichen Regionen und besonders für ältere Menschen wurden "mobile" Bürgerbüros oder eine "Verwaltung auf Rädern" vorgeschlagen.

Die Nutzung des Internets, sei es für das Herunterladen von Formularen oder als unkomplizierte Form der Kommunikation, wird von vielen genutzt. Der Einstieg in die Online-Verwaltung wird begrüßt, sofern sie bedienerfreundlich ist. Allerdings sollten auch die konventionellen Kommunikationswege (schriftlich, per Formular oder telefonisch) unbedingt erhalten bleiben.

...und Kritik

Wo Licht ist, ist auch Schatten:
Neben positiven wurden auch zahlreiche kritische Anmerkungen gemacht. Zu viel Bürokratie, Kirchturmdenken, mangelnde Kooperation der Ämter, unklare Zuständigkeiten, zu lange Verfahren, mangelnde Transparenz, Unfreundlichkeit und eine oftmals unverständliche Verwaltungsfachsprache wurden in allen fünf Bürgerkongressen angeführt.

Das Verwaltungshandeln wird von den Bürgerinnen und Bürgern oft als starr und bürokratisch empfunden. Im direkten Kontakt mit der Verwaltung fühlen sich einige bevormundet, viele vermissen eine Behandlung, die sich freundlich und ernsthaft ihrem Anliegen widmet. Zu kurze, inflexible Öffnungszeiten, insbesondere für Berufstätige, wurden moniert.

Meinungen...

» Das Verhältnis von Bürger und Verwaltung bessert sich, wenn auch noch nicht überall. «

» Es gibt sie, die freundlichen, kompetenten Verwaltungsmitarbeiter! «

» Unser Bürgerbüro ist beispielhaft aufgebaut, mit offener Theke, ohne trennende Glasscheiben. «



Zuständigkeiten sind den Bürgerinnen und Bürgern oftmals unklar und von außen schwer durchschaubar. Einige Kongressteilnehmende hatten die Erfahrung gemacht, dass wichtige Informationen nicht oder zu spät an sie weitergegeben wurden. Dadurch erscheint die Verwaltung vielen als ein undurchsichtiger Dschungel.

Die bestehenden Strukturen empfinden viele als unübersichtlich und verwirrend ("Zuständigkeitswirrwarr").

Wechselnde Ansprechpartner, unklare Kompetenzverteilung zwischen verschiedenen Ämtern und Verwaltungsebenen (zum Beispiel Verbandsgemeinde oder Kreis) wurden kritisiert. Diese unklaren Zuständigkeiten führen – so vermuteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – zu langen Wegen, unnöti-

gen Kosten und langwierigen Abläufen. Die Botschaft "Ich bin nicht zuständig" hören die Bürgerinnen und Bürger offenbar noch zu oft. Hier wurde mehr Transparenz gefordert, symbolisch gesprochen "das gläserne Rathaus". Wer ist zuständig, wofür wird Geld ausgegeben, was kostet wieviel? Das waren typische Fragen der Teilnehmenden.

Mehr Transparenz und klare
Verantwortlichkeiten forderten
die Teilnehmenden der Bürgerkongresse auch für die politischen Entscheidungsprozesse in den Kommunen: Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht nur das Ergebnis von Entscheidungen erfahren, sondern auch den Weg zur Entscheidungsfindung mitverfolgen können und im besten Fall daran beteiligt werden.

Skepsis wurde deutlich hinsichtlich der parteipolitischen Unabhängigkeit von Verwaltungshandeln. Zu häufig würden Sachentscheidungen von politischen Erwägungen dominiert, war bei vielen Teilnehmenden der Eindruck.

Immer wieder kritisiert wurde auch die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen, etwa der Abfallentsorgung oder der Wasserversorgung. Diese wurde verbunden mit dem Hinweis auf den Verlust von Steuerungsmöglichkeiten und die Sorge um Qualitätseinbußen.

Das Verhältnis zwischen den Orts- und Verbandsgemeinden wurde unterschiedlich gesehen: Einige kritisierten das Kirchturmdenken der Ortsgemeinden innerhalb einer Verbandsgemeinde oder zwischen benachbarten Verbandsgemein-

den. Es würden zu wenig gemeinsame Lösungen gesucht, Kooperation wäre selten. Andere meinten, Verbandsgemeinden seien häufig zu klein, sie agierten zudem gerne abgehoben von den Ortsgemeindebedürfnissen. Die Ortsgemeinden müssten deshalb künftig wieder mehr Aufgaben selbst übernehmen und gestärkt werden: "Was vor Ort entschieden werden kann, sollte auch vor Ort entschieden werden." Doch hier gab es auch Widerspruch: Die Planungshoheit der Ortsgemeinden beispielsweise im Baurecht wurde von einigen als nicht mehr zeitgemäß empfunden. Dies führe oftmals zu ungehemmtem Flächenverbrauch durch die unkoordinierte Ausweisung neuer Bau- oder Gewerbegebiete.

Kritisch gesehen wurde auch der mangelnde Reformmut der Politik insgesamt, das Fehlen einer großen Reform der föderalen Struktur in Deutschland und zu kurze Wahlperioden, die nicht ausreichten, um auch einmal zunächst unpopuläre Weichenstellungen zu treffen.

Bei aller Kritik wiesen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch auf Ursachen hin: Der teilweise zu starke Personalabbau in den Verwaltungen führe zu Überlastungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Unfreundlichkeit und Überforderung seien die Folge.

Mangelnde Fortbildungen wurden als Gründe für fehlende Kom-

petenz in Fachfragen vermutet. Zudem, so die selbstkritische Anmerkung einiger Kongressteilnehmenden, sei auch die Haltung und das Verhalten mancher Bürger nicht immer freundlich und besonnen, sondern oftmals ruppig und würde von den Verwaltungsmitarbeitern als herablassend erlebt.

Die Teilnehmenden entwickelten darüber hinaus bereits in der Phase der Stärken- und Schwächen- Analyse Verbesserungsvorschläge, die auch beim anschließenden Skizzieren einer bürgernahen Verwaltung der Zukunft wieder in den Blick kamen: Verwaltungen sollten ein motivierendes, qualitätssicherndes Vergleichssystem (Benchmarking) einführen und verstärkt in die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Bürgerorientierung investieren. Dabei sollten auch soziale und interkulturelle Kompetenzen ausgebildet werden, da insbesondere Menschen mit Behinderung und nichtdeutsche Bürgerinnen und Bürger sich häufiger weniger gut behandelt fühlten.

Zur Qualitätssteigerung in der Verwaltung wurde zudem mehrfach ein besseres Projektmanagement mit systematischer Qualitätssicherung angeregt, das Lernen von "guten Beispielen" anderer eingefordert und auf die notwendige Wertschätzung des eigenen Personals als Führungsaufgabe hingewiesen. Die Einführung eines

Meinungen...

» Der politische Einfluss auf Sachentscheidungen ist zu groß. «

» E-Government alleine ist kein Allheilmittel für Bürgernähe. «

» Bedienstete müssen sich mehr als Dienstleister sehen. «

unbürokratischen Beschwerdewesens oder einer vertraulichen Ansprechstelle für Verwaltungsprobleme (Ombudsstelle) auf Ebene der Verbandsgemeinden wurde ebenfalls angeregt. Die Online-Verwaltung solle ausgebaut, und – ganz oben auf der Wunschliste – flexible Öffnungszeiten sollten eingeführt werden.

2. Bürgernahe Verwaltung

Die Teilnehmenden der Bürgerkongresse in Rheinland-Pfalz erwarten eine dienstleistungsorientierte Verwaltung, die schnell, flexibel und transparent agiert. Zudem sollen Bürgerinnen und Bürger "als Partner statt als Bittsteller" behandelt werden. Die bürgernahe Verwaltung der Zukunft ist freundlich, verständlich und kompetent. Soziale und interkulturelle Kompetenz sowie ein freundlicher Umgangsstil kennzeichnen sie.

Ein lösungsorientiertes Selbstverständnis bildet die Grundlage künftigen Verwaltungshandelns. Die Handlungsdevise dazu lautet: "So könnte es gehen, statt so geht's nicht". Ziel dieser Entwicklung ist eine "ermöglichende Verwaltung", die mit weniger Vorschriften und mehr Gestaltungsspielraum agiert. Diese Neuorientierung im Verwaltungshandeln sollte, so die Bürgerinnen und Bürger, durch die Einführung eines umfas-



wnterstützt werden. Auch ein Beschwerdemanagement, das professionell und zuverlässig mit Kritik oder Beschwerden umgeht, wird als erforderlich angesehen. Die konkreten Vorschläge hierzu reichen bis hin zur systematischen Etablierung von Mediatorinnen und Mediatoren in der Verwaltung. Insgesamt werden in einer bürgernahen Verwaltung der Zukunft bürokratische Vorgänge vereinfacht und überflüssige Vorschriften konsequent abgebaut.

Der konkrete Kontakt zur bürgernahen Verwaltung von morgen lässt sich im Spiegel der Kongressergebnisse folgendermaßen skizzieren: Als Bürgerin oder Bürger treffe ich am Eingang des Verwaltungsgebäudes auf einen kompetenten Ansprechpartner. Sie oder er hilft mir bei Bedarf als "Bürgerlotse" durch den Verwaltungs-

dschungel. So gelange ich zu der für mich und mein Anliegen richtigen Stelle, die mir kompetent Auskunft gibt. Man sorgt dafür, dass interne Abstimmungen bei komplexeren Verfahren innerhalb der Verwaltung so organisiert sind, dass es bei einem Ansprechpartner für mich bleibt, der die verwaltungsinternen Abläufe koordiniert. Doppelzuständigkeiten in unterschiedlichen Ämtern oder ein Hin-und-her-verwiesen-Werden gehören der Vergangenheit an. Die Auskünfte, die ich erhalte, sind einfach und gut verständlich formuliert.

Die entscheidende Größe für mehr Bürgernähe sind aus Sicht der Teilnehmenden die Bürgerbüros. Sie können für die einen wie bisher auf Ebene der Verbandsgemeinde angesiedelt sein. Für andere würde ein Ansprechpartner vor Ort – vor allem für soziale An-



liegen – die Ortsgemeinde aufwerten. Bereits bestehende Bürgerbüros werden durchweg gelobt, auch wenn die Öffnungszeiten noch verbessert werden sollen.

In strukturschwachen oder ländlich geprägten Räumen soll künftig die Verwaltung auf Rädern zu den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Mobile Bürgerbüros versorgen demnach als eine Art Dienstleistungsbus ähnlich dem Sparkassenbus Ortsgemeinden in ländlichen Gebieten mit einem Basisservice. Die "rollende Verwaltung" hilft gerade auch der wachsenden Zahl älterer Menschen dabei, Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen.

Bürgernahe Verwaltung muss aber nicht in allen Fällen vor der Haustür der Bürgerinnen und Bürger vorzufinden sein. Zwar wünschen sich alle Teilnehmenden eine gute Erreichbarkeit der Verwaltung, diese ist jedoch für viele auch gegeben, wenn die Nahverkehrsverbindungen zu den Verwaltungszentren verbessert werden oder Telefonzentralen kompetent besetzt und gut erreichbar sind. Auch die Online-Verwaltung soll ausgebaut und bedienerfreundlicher gestaltet werden.

"Unsere Verwaltung muss bezahlbar bleiben": In den Bürgerkongressen wurden hierzu viele Überlegungen für mehr Effizienz im Verwaltungshandeln, eine bessere Vernetzung von Verwaltungseinheiten und den Abbau von Doppelzuständigkeiten beigetragen. Verwaltung soll künftig weniger kosten. Zuständigkeiten sollen transparent und eindeutig sein. Grundsätzlich wird ein Verlagern von Aufgaben nach unten und eine damit verbundene Stärkung der Ortsgemeinden begrüßt. Dabei sollte strikt das Konnexitätsprinzip gelten, das heißt, dass eine Aufgabenverlagerung auch finanziell ausgeglichen werden muss.

Eine bürgernahe Verwaltung von morgen zeichnet sich darüber hinaus durch konsequente Bürgerbeteiligung aus und sorgt für mehr Transparenz des Verwaltungshandelns und politischer Abläufe. Bürgerengagement und das lokale Ehrenamt werden von Seiten der Verwaltung gefördert, gestärkt und nicht behindert.

Meinungen...

» Bitte mehr ,so geht's' statt ,so geht's nicht'! «

» Wir brauchen mehr Bürgerbüros vor Ort und eine mobile Verwaltung in der Fläche. «

» Verständlichere Formulare, und diese ins Internet. «

3. Argumente für eine Gebietsreform und interkommunale Kooperationen

Eine Kommunal- und Verwaltungsreform soll den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz dienen. Aus Bürgersicht muss das Ziel sein, die Verwaltungsstrukturen in Rheinland-Pfalz so zu gestalten, dass sie dem demographischen Wandel standhalten und gleichzeitig Bürgernähe sicherstellen.

Die Frage nach dem besten Reformweg beantworteten die meisten Arbeitsgruppen mit dem Hinweis: Sowohl auf dem Weg einer Gebietsreform als auch in der interkommunalen Zusammenarbeit liegen Risiken und Chancen. Beide Lösungen haben sowohl Stärken als auch Schwächen. Den meisten Teilnehmenden schwebt deshalb eine intelligente Kombination aus beidem vor, nicht jedoch eine Reform auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners.

Interkommunale Zusammenarbeit ist dabei für viele ein sinnvoller Weg, um örtliches Kirchturmdenken zu überwinden. Die Kooperation von Kommunen in Sachthemen und in bestimmten Aufgabenfeldern wird grundsätzlich und unabhängig von der anstehenden Reform als sinnvoll erachtet. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich erstaunt, dass dieses Instrument nicht schon viel stärker eingesetzt wird. Regionale Lösungen sollten ausgebaut und geradezu selbstverständlich werden. Interkommunale Zusammenarbeit kann aus Sicht vieler Teilnehmenden auch eine Vorstufe für Gebietsreformen sein.

Eine Gebietsreform soll aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger Rücksicht auf regionale Besonderheiten nehmen. Viele betrachten neue Gebietsstrukturen als Basis für zusätzliche, interkommunale Kooperationen. Neue Gebietszuschnitte sind für viele notwendig und sinnvoll, um die öffentliche Verwaltung zukünfzu bezahlbar machen. Allerdings, dieser Hinweis war oft zu hören, soll es keine Reform mit dem Rasenmäher, sondern mit Augenmaß geben: "Was funktioniert, soll bleiben, was optimiert werden kann, soll angepackt werden".

Eine Reform soll tendenziell die Ortsgemeinden stärken. Gleichzeitig wurde wiederholt angeregt, eine Verwaltungsebene zu streichen, um effektiver und kostengünstiger zu werden. Hier wurden mal die Verbandsgemeinden, mal die Mittelinstanzen genannt. Gleichwohl gab es auch Fürsprecher für bewährte Verbandsgemeindestrukturen. Die unterschiedlichen Größenzuschnitte gaben hier oft Anlass zu Diskussionen. Im Kern waren den meisten Kongressteilnehmenden Gebietsgrenzen weni-

ger wichtig als eine im Ergebnis funktionierende, bürgerfreundliche Verwaltung, die Bedürfnisse und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt.

Die Teilnehmenden der Bürgerkongresse gaben sich pragmatisch: Sie sehen die Herausforderungen der demographischen Entwicklung und erkennen Handlungsbedarf. "Die Krise der Staatsfinanzen sollte als Chance begriffen werden", so ein Zitat. Die Landesregierung wurde aufgefordert, aktiv zu gestalten anstatt abzuwarten und so irgendwann vom Lauf der Dinge zum Handeln gezwungen zu werden.

4. Zukunftsbausteine für Rheinland-Pfalz

Kernbotschaften nach einem langen Tag: Zum Schluss der Bürgerkongresse hatten die Teilnehmenden die Aufgabe, ihre Kernsätze zur Kommunal- und Verwaltungsreform auf Kartons, die so genannten Zukunftsbausteine, zu schreiben. Darin bestärkten die Teilnehmenden die politisch Verantwortlichen, Mut zu haben und Reformen möglichst zeitnah und entschlossen anzugehen. Die Zukunftsbausteine spiegelten auch die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsphasen.

Bürgernähe

Das Ziel der Reformbemühungen soll eine bürgerorientierte Verwaltung sein, die bezahlbar bleibt, schlanker und zugleich bürgerfreundlicher wird. Ein kompetenter Service möglichst aus einer Hand, flexible Öffnungszeiten, Bürgerbüros als flächendeckender Standard sowie mobile Anlaufstellen in der Fläche wurden vorgeschlagen. Die Verwaltungsebenen im Land sollen verringert, die Aufgabenverteilung vereinfacht und Bürokratie (weniger Vorschriften, nachvollziehbare Abläufe, verständliche Sprache) abgebaut werden.

Bürgerbeteiligung und Demokratie

Die Bürgerkongresse waren für viele ein gelungenes Beispiel für Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz. Solche Prozesse sollten nach Meinung der Teilnehmenden auch vor Ort im Vorfeld wichtiger Entscheidungsfindungen verstärkt eingesetzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Landesregierung und der Politik in Rheinland-Pfalz, dass die erarbeiteten Ideen und Vorschläge der Bürgerkongresse ernst genommen werden. Die Bürger und Bürgerinnen sind daran interessiert, über den Fortgang des Reformprozesses informiert und auch weiter beteiligt zu werden.

Optimierte Gebietsund Verwaltungsstrukturen

"Das eine Tun, das andere nicht lassen": Die Teilnehmenden sprachen sich für Reformwege aus, die sowohl die Vorteile einer Gebietsreform nutzen ("Größere Einheiten ermöglichen mehr Fachkompetenz") als auch interkommunale Kooperationen entlang von Sachaufgaben fördern. Die Größe der Kommune bzw. des vorhandenen Verwaltungsapparates dürfe dabei jedoch nicht das alleinige Kriterium sein. Eine flächendeckende, einheitliche Reform ist aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger nicht wünschenswert, sondern es wird ein differenzierender Blick erwartet, der die regionalen Besonderheiten beachtet und die Menschen mitnimmt.

Meinungen...

» Mehr Mut zu Reformen – kein Reförmchen. «

» Mut zur Veränderung – aber Größe ist nicht alles! «

» Reform mit Augenmaß und Bürgernähe als Ziel. «

Dokumentation Bürgerkongresse

Rheinland-Pfalz

Haben Sie Fragen zur Kommunal- und Verwaltungsreform: Hubert Stubenrauch E-Mail: kommunalundverwaltungsreform@ism.rlp.de

Haben Sie Fragen zur Bürgerbeteiligung: Dr. Frank Heuberger E-Mail: frank.heuberger@stk.rlp.de

www.buergerkongresse.rlp.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz Schillerplatz 3-5 55116 Mainz Telefon: 06131 - 16 0 Telefax: 06131 - 16 35 95

E-Mail: poststelle@ism.rlp.de

Redaktion:

Dr. Frank Heuberger, Birger Hartnuß, beide Staatskanzlei Rheinland-Pfalz; Eric Schaefer, Pressesprecher des Ministeriums des Innern und für Sport (verantwortlich); Hubert Stubenrauch, Referatsleiter Kommunales Verfassungsrecht des Ministeriums des Innern und für Sport; Dr. Christine Grüger und Dirk Kron, cg konzept – Büro für Planungskommunikation, Freiburg; Doris Banzhaf, Redaktionsbüro, Freiburg; Volker Klemm, com.plot, Mainz

Fotos: Carsten Costard, Mainz (Titel); Claudia Schäfer, Mannheim (Innenseiten)

Satz, Layout und Gesamtherstellung: com.plot, Agentur für Kommunikation, Mainz

© Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Juli 2008

